



Personalbestand des Kantonspersonals per 31. Dezember 2024

Datenbasis:

- exkl. Lehrkräfte
- exkl. Hochschulen
- exkl. Lernende und Praktikanten

| Direktion | Personen und Vollzeitstellen | | | | | |
|--|------------------------------|--------------|---------------|------------------------|----------------|-----------------|
| | Anzahl Personen | | | Anzahl Vollzeitstellen | | |
| | Männer | Frauen | Total | Männer | Frauen | Total |
| Regierungsrat | 4 | 3 | 7 | 4.0 | 3.0 | 7.0 |
| Parlamentsdienste des Grossen Rates | 8 | 24 | 32 | 5.9 | 14.7 | 20.6 |
| Finanzkontrolle | 15 | 10 | 25 | 14.6 | 7.7 | 22.3 |
| Datenschutzaufsichtsstelle | 5 | 4 | 9 | 4.6 | 2.1 | 6.7 |
| Staatskanzlei | 45 | 61 | 106 | 39.9 | 43.3 | 83.2 |
| Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion | 566 | 481 | 1'047 | 468.6 | 318.4 | 787.0 |
| <i>Amt für Arbeitslosenversicherung (Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion)</i> | 184 | 284 | 468 | 173.4 | 246.5 | 419.9 |
| Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion | 81 | 171 | 252 | 72.7 | 129.1 | 201.8 |
| Direktion für Inneres und Justiz | 378 | 738 | 1'116 | 343.8 | 567.9 | 911.7 |
| Sicherheitsdirektion | 2'928 | 1'636 | 4'564 | 2'813.8 | 1'232.7 | 4'046.5 |
| Finanzdirektion | 565 | 642 | 1'207 | 530.1 | 512.6 | 1'042.7 |
| Bildungs- und Kulturdirektion | 521 | 1'178 | 1'699 | 417.8 | 736.0 | 1'153.9 |
| Bau- und Verkehrsdirektion | 665 | 247 | 912 | 630.2 | 175.7 | 805.9 |
| Gerichtsbehörden und Staatsanwaltschaft | 301 | 740 | 1'041 | 255.7 | 560.5 | 816.2 |
| Total | 6'266 | 6'219 | 12'485 | 5'775.1 | 4'550.2 | 10'325.3 |

| | | | | | | |
|--|-----|-----|-----|------|-------|-------|
| <i>Kantonale Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (Direktion für Inneres und Justiz)*</i> | 101 | 180 | 281 | 74.1 | 115.3 | 189.4 |
| <i>Pädagogisches Zentrum für Hören und Sprache (Bildungs- und Kulturdirektion)</i> | 20 | 59 | 79 | 14.1 | 23.1 | 37.2 |

*Beobachtungsstation Bolligen, Jugendheim Lory, Schulheim Erlach und Zentrum für Sozial- und Heilpädagogik Köniz-Kehrsatz



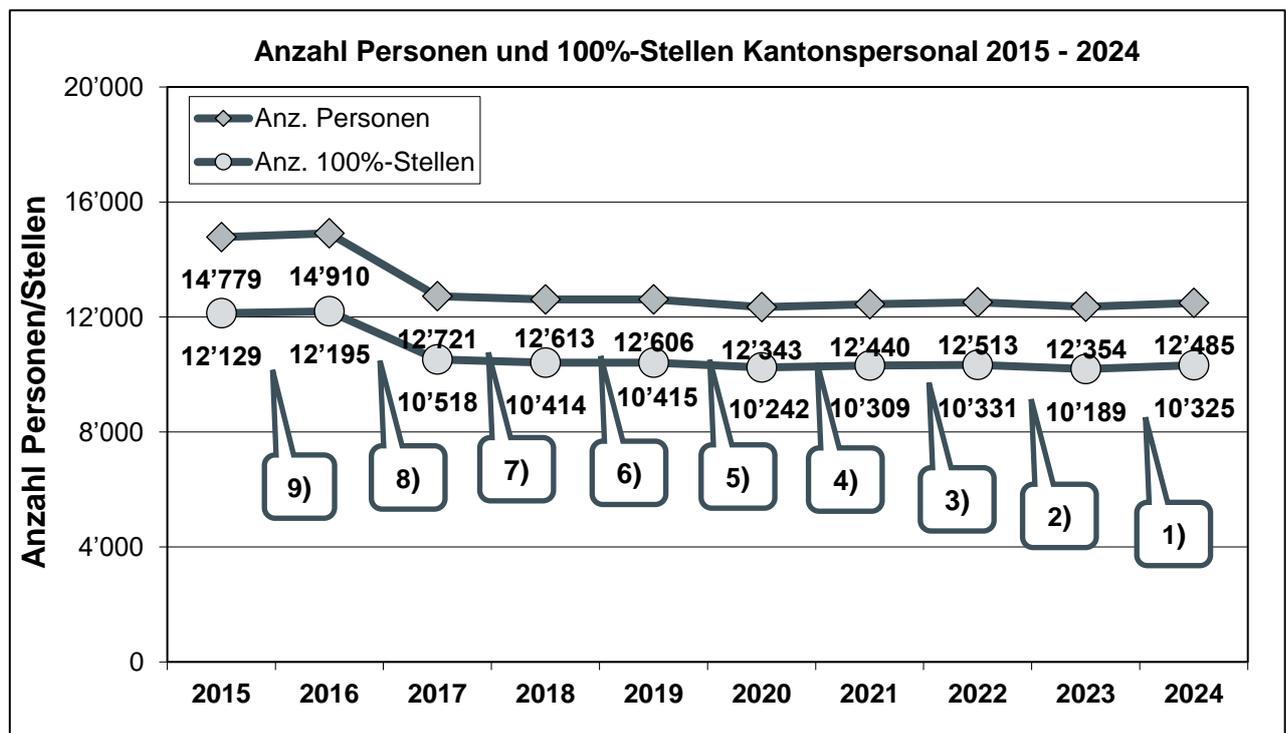
Entwicklung des Personalbestandes von 2015 bis 2024

Datenbasis:

- exkl. Lehrkräfte
- exkl. Hochschulen
- exkl. Lernende und Praktikanten

| Stichtag | Anz. Personen | Anz. 100%-Stellen | Kommentar |
|------------|---------------|-------------------|-----------|
| 31.12.2015 | 14'779 | 12'129 | |
| 31.12.2016 | 14'910 | 12'195 | 9) |
| 31.12.2017 | 12'721 | 10'518 | 8) |
| 31.12.2018 | 12'613 | 10'414 | 7) |
| 31.12.2019 | 12'606 | 10'415 | 6) |
| 31.12.2020 | 12'343 | 10'242 | 5) |
| 31.12.2021 | 12'440 | 10'309 | 4) |
| 31.12.2022 | 12'513 | 10'331 | 3) |
| 31.12.2023 | 12'354 | 10'189 | 2) |
| 31.12.2024 | 12'485 | 10'325 | 1) |

Quelle: Geschäftsberichte



In den Kommentaren zur Entwicklung der Stellenbestände werden die wichtigsten Gründe für die Zu- und Abnahmen erwähnt. Kleinstveränderungen werden nicht aufgeführt. Zudem können sich Differenzen aus zufälligen Schwankungen ergeben, da zum Erhebungszeitpunkt jeweils per Ende Jahr mehr oder weniger Stellen vakant sein können als in der Vorperiode.

1) Entwicklung 2023 zu 2024 (+135.9 Vollzeiteinheiten)

Der Personalbestand des Kantonspersonals betrug per Ende 2024 **10'325.3 Vollzeiteinheiten (VZE)** und hat gegenüber dem Vorjahr um 135.9 VZE zugenommen.

In der **Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU)** ist die Zunahme um insgesamt 17.3 VZE grösstenteils durch die steigende Arbeitslosenquote und der damit einhergehenden Erhöhung des Personalbestands im Amt für Arbeitslosenversicherung (+11.2 VZE) begründet. Das Amt für Landwirtschaft und Natur verzeichnet ebenfalls eine Bestandszunahme (+6.4 VZE). Grund dafür sind die Abnahmen von Vakanzen gegenüber dem Vorjahresstichtag sowie die vom Grossen Rat neu bewilligte Stelle «Wirkungskontrolle Renaturierungen». Ebenso wurden vom Grossen Rat neue Stellen in den Bereichen Stellenmeldepflicht, in der Chronometerkontrolle und im Arbeitsinspektorat bewilligt, die zu einer Zunahme im Amt für Wirtschaft führen (+3.4 VZE). Eine Bestandsabnahme verzeichnet hingegen das Amt für Wald und Naturgefahren (-5.0 VZE), da die im Rahmen der «Kompensation Revieraufgaben» per 1. Januar 2025 wegfallenden Stellenprozente bereits Ende 2024 nicht mehr besetzt waren.

In der **Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI)** hat der Personalbestand um 8.9 VZE abgenommen. Grund dafür sind weniger befristete Stellen (u. a. durch Rückgang Pandemie sowie Bewältigung Ukraine Krise) sowie am Stichtag nicht besetzte unbefristete Stellen.

Bei der **Direktion für Inneres und Justiz (DIJ)** beträgt die Zunahme des Personalbestands 20.1 VZE. In den Betreibungs- und Konkursämtern führen Veränderungen bei den Vakanzen gegenüber dem Vorjahresstichtag zu einer Erhöhung des Personalbestands um 7.9 VZE. Zudem wurden in den Regierungsstatthalterämtern (+5.7 VZE) befristete Stellen geschaffen, um die gesetzlichen Aufgaben im Baubereich zu erfüllen. Daneben gab es eine Zunahme um 3.9 VZE im Kantonalen Jugendamt aufgrund zusätzlicher Stellen für die Pflegekinderaufsicht, welche einerseits vom Grossen Rat bewilligt wurden und andererseits auf einen Stellentransfer von den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden zurückzuführen sind. Ausserdem wurden in den Grundbuchämtern (+3.5 VZE) befristete Stellen für den Abbau von Pendenzen eingesetzt. Abnahmen aufgrund von zum Stichtag bestehenden Vakanzen verzeichnen hingegen die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (-2.3 VZE).

In der **Sicherheitsdirektion (SID)** erhöht sich der Personalbestand um 10.6 VZE. Im Generalsekretariat nimmt der Personalbestand um 20.2 VZE zu. Grund dafür ist zum einen die Aufstockung von Stellen in der Berner Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt und der Abteilung Fonds und Bewilligungen. Zum anderen wurden die Mitarbeitenden der Finanzdienste der Ämter der Sicherheitsdirektion (ohne Kantonspolizei) im Rahmen des direktionsinternen Zentralisierungsprojekts ins Generalsekretariat transferiert. Die Zunahme im Amt für Justizvollzug (+9.4 VZE) ist unter anderem auf die Aufstockung von befristeten Stellen zur Bewältigung der Bugwelle Busseninkasso im Zusammenhang mit der SAP-Einführung zurückzuführen. Eine Bestandsabnahme aufgrund unterdurchschnittlich ausgefallener Lehrgangsgrossen verzeichnet hingegen die Kantonspolizei (-7.8 VZE) Der Rückgang im Amt für Bevölkerungsdienste (-4.7 VZE), im Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär (-3.7 VZE) und im Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt (-2.8 VZE) ist vor allem auf den erwähnten Transfer von Mitarbeitenden der Finanzdienste ins Generalsekretariat zurückzuführen.

Die **Finanzdirektion (FIN)** verzeichnet eine Zunahme um 10.8 VZE. Im Amt für Informatik und Organisation ergibt sich aufgrund einer Abnahme von Vakanz gegenüber dem Vorjahresstichtag eine Bestandserhöhung um 6.0 VZE. Die Zunahme im Personalamt (+2.2 VZE) ist auf die Bewilligung von befristeten Stellenprozenten und einen Rückgang der Vakanz gegenüber dem Vorjahresstichtag zurückzuführen. In der Finanzverwaltung (+2.2 VZE) ergibt sich die Bestandserhöhung unter anderem aufgrund zusätzlich geschaffener Stellenprozente (Direktionsreserve FIN) zur Verbesserung der Ressourcensituation im Service Center Finanzen und Controlling.

Der Personalbestand der **Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)** erhöhte sich um 21.2 VZE. Das Amt für Zentrale Dienste verzeichnet eine Bestandszunahme um 8.3 VZE. Grund dafür sind insbesondere zusätzlich befristete Stellen in der Gehaltsverarbeitung Lehrpersonen zur Bewältigung des anhaltend hohen Arbeitsvolumens sowie im Digital HR-Management der Abteilung Personaldienstleistungen zur Unterstützung des ERP-Teilprojekts Lehrkräfte. Im Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung (+4.2) nimmt der Bestand unter anderem aufgrund zusätzlicher befristeter Stellen in den Erziehungsberatungsstellen zu. Die Erhöhung um 12.6 VZE im Mittelschul- und Berufsbildungsamt ist vor allem auf die Besetzung der im Jahr 2023 bewilligten Stellen sowie Doppelbesetzungen aufgrund von Krankheit und Mutterschaft zurückzuführen. Im Amt für Kultur (-4.2 VZE) und im Generalsekretariat (-2.4 VZE) kam es zu Bestandsabnahmen. Ausschlaggebend dafür waren unter anderem wegfallende Stellen infolge Projektabschluss sowie verzögerte Stellenbesetzungen bei Vakanz und einigen Pensenreduktionen.

Innerhalb der **Bau- und Verkehrsdirektion (BVD)** nahm der Stellenbestand um 33.8 VZE zu. Im Tiefbauamt (+16.9 VZE) ist die Erhöhung unter anderem auf zusätzliche befristete Stellen für den Aufbau von Kompetenzzentren im Dienstleistungszentrum zurückzuführen. Weiter führte die Besetzung von vakanten Stellen im Amt für Wasser und Abfall (+7.4 VZE) und im Generalsekretariat (+5.1 VZE) zu Bestandszunahmen. Aufgrund von bewilligten Stellen gemäss einer vom Grossen Rat verabschiedeten Planungserklärung zur Erhöhung der Ressourcen erfolgt zudem im Amt für Grundstücke und Gebäude eine Zunahme um 4.1 VZE.

Bei den **Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft (JUS)** nahm der Stellenbestand um 26.0 VZE zu. Bei der Staatsanwaltschaft (+4.8 VZE) ist die Bestandszunahme unter anderem auf den Einsatz eines befristeten Teams zur Reduktion der Anzahl hängiger Strafuntersuchungen in den regionalen Staatsanwaltschaften zurückzuführen. In der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit nimmt der Bestand infolge Doppelbesetzungen aufgrund von Mutterschaft und längeren Absenzen um 16.4 VZE zu. Zudem gab es eine Bestandszunahme in der Verwaltungsgerichtsbarkeit (+3.0 VZE), da Vakanz aus dem Vorjahr wieder besetzt werden konnten.

2) Entwicklung 2022 zu 2023 (+58.3 Vollzeiteinheiten)

Der Personalbestand des Kantonspersonals betrug ohne die kantonalen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe per Ende 2023 **10'189.4 Vollzeiteinheiten (VZE)** und hat gegenüber dem Vorjahr um 58.3 VZE zugenommen¹.

In der **Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU)** ist der Rückgang um insgesamt 56.9 VZE hauptsächlich auf die durch einen historischen Tiefstand der Arbeitslosenquote bedingte Abnahme des Personalbestands im Amt für Arbeitslosenversicherung (-65.1 VZE) zurückzuführen. Zudem nahm der Bestand im Amt für Wirtschaft ab (-10.6 VZE). Neben mehr Vakanz ist dieser Rückgang vor allem auf den Transfer von 4.0 VZE ins Generalsekretariat zurückzuführen. Ausserdem reduzierte sich im Vorjahresvergleich auch der Personalbestand im Amt für Veterinärwesen

¹ Der Personalbestand per Ende 2022 betrug ohne die kantonalen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe 10'131.1 VZE. Anlässlich der Revision des Gesetzes über die Leistungen für Kinder mit besonderem Förder- und Schutzbedarf (KFSG; BSG 213.319) wurden die Stellen dieser Institutionen gemäss RRB 339/2022 vom 6. April 2022 vom Stellenplan ausgenommen. Bei den betroffenen Direktionen (GSI, DIJ, SID sowie BKD) wurde deshalb beim Vergleich der Entwicklung 2022 zu 2023 der Stellenbestand der Institutionen Beobachtungsstation Bolligen, Jugendheim Lory, Schulheim Erlach, Zentrum für Sozial- und Heilpädagogik Köniz-Kehrsatz sowie Zentrum für Hören und Sprache Münchenbuchsee jeweils nicht berücksichtigt.

(-3.2 VZE). Zunahmen verzeichneten hingegen das Generalsekretariat (+6.6 VZE u.a. aufgrund der Stellentransfers aus dem Amt für Wirtschaft) sowie das Amt für Umwelt und Energie, wo zusätzlich geschaffene unbefristete Stellen zu einer Erhöhung um 6.2 VZE führten.

In der **Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI)** hat der Personalbestand um 9.4 VZE zugenommen. Grund dafür sind zusätzliche befristete Stellen im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise im Amt für Integration und Soziales (+8.2 VZE) bzw. zur Bewältigung der hohen Arbeitslast im Gesundheitsamt (+2.1 VZE).

Bei der **Direktion für Inneres und Justiz (DIJ)** nahm der Personalbestand um 6.5 VZE zu. Einerseits erfolgte die Zunahme aufgrund der fünf zusätzlich durch den Grossen Rat befristet bewilligten Stellen im Amt für Gemeinden und Raumordnung (+4.7 VZE). Damit soll der durch die Revision des Raumplanungsgesetzes ausgelöste erhöhte Geschäftsgang bewältigt werden. Um Engpässe und Projektarbeiten abzudecken und die hohe Arbeitslast abzufedern, wurden in den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (+8.4 VZE) zudem zusätzliche befristete Stellen geschaffen und am Jahresende befristet Arbeitspensen erhöht. Ebenfalls infolge personeller Engpässe wurden in den Regierungsstatthalterämtern (+2.6 VZE) befristete Stellen bewilligt. Abnahmen aufgrund von zum Stichtag bestehenden Vakanzen verzeichnen die Betriebs- und Konkursämter (-4.4 VZE), die Grundbuchämter (-2.2 VZE), sowie in geringem Umfang weitere Ämter der DIJ.

Der Bestand der **Sicherheitsdirektion (SID)** hat um 35.9 VZE zugenommen. Hauptgrund ist die Zunahme bei der Kantonspolizei (+35.1 VZE), welche auf die Korpsbestandsaufstockung anlässlich der Motion Wüthrich (RRB 188/2019) zurückzuführen ist. Beim Amt für Justizvollzug führten zusätzliche Stellen für die Reorganisation der Amtsführung sowie die Umsetzung des Modellversuchs U-Haft zu einer Zunahme um 3.8 VZE. Im Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt (+2.9 VZE) sowie im Amt für Bevölkerungsdienste (-6.9 VZE) sind die Veränderungen mit im Vergleich zum Stichtag wiederbesetzten Stellen bzw. bestehenden Vakanzen begründet.

In der **Finanzdirektion** (+27.6 VZE) erfolgt die Zunahme in erster Linie aufgrund der Veränderung in der Steuerverwaltung (+23.1 VZE), welche auf die Internalisierung von Schätzer/-innen-Stellen, zusätzliche befristete Stellen zum Abbau von Veranlagungsrückständen bei den Unternehmens- und Quellensteuern sowie zur Beschleunigung des laufenden Technologiewechsels und Abnahmen von Vakanzen gegenüber dem Vorjahresstichtag zurückzuführen ist. Die direktionsinterne Zentralisierung der Finanzen in der Finanzverwaltung sowie Veränderungen bei den Vakanzen gegenüber dem Vorjahresstichtag führen bei der Finanzverwaltung (+2.5 VZE) zu einer Zu- und beim Amt für Informatik und Organisation (-5.1 VZE) zu einer Abnahme des Stellenbestands. Im Personalamt nimmt der Stellenbestand um 6.7 VZE zu. Grund dafür sind unter anderem befristet geschaffene Stellen sowie die Internalisierung von Leistungen der BEDAG im Rahmen des Projekts ERP.

In der **Bildungs- und Kulturdirektion** beträgt die Zunahme des Personalbestands 28.7 VZE. Im Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung nimmt der Bestand aufgrund zusätzlicher befristeter Stellen in den Erziehungsberatungsstellen und infolge von Doppelbesetzungen um 6.4 VZE zu. Die Zunahme im Mittelschul- und Berufsbildungsamt (+7.3 VZE) ergibt sich insbesondere durch zusätzlich bewilligte Stellen zur Umsetzung des neuen Digitalisierungsgesetzes sowie zur temporären Unterstützung bei der SAP-Einführung im Shared Service Center MBA. Im Amt für zentrale Dienste nimmt der Stellenbestand um 11 VZE zu. Dies unter anderem wegen zusätzlich geschaffenen befristeten Stellen in der Gehaltsverarbeitung der Lehrpersonen (Bewältigung des anhaltend hohen Arbeitsvolumens).

Innerhalb der **Bau- und Verkehrsdirektion** (+0.5 VZE) erfolgten im Tiefbauamt (-3.5 VZE aufgrund nicht besetzter Vakanzen infolge des Fachkräftemangels) sowie im Amt für Grundstücke und Gebäude (+6.2 VZE aufgrund der Besetzung von zusätzlich bewilligten Stellen) erwähnenswerte Veränderungen.

Bei den **Justizbehörden und Staatsanwaltschaft** nahm der Stellenbestand um 5.5 VZE zu. Die Justizverwaltungsleitung (+7.6 VZE) und die Staatsanwaltschaft (+5.8 VZE) verzeichnen Bestandszunahmen. Gründe dafür sind unter anderem ein befristeter Einsatz eines zusätzlichen Teams zur Reduktion der Anzahl hängiger Strafuntersuchungen in den regionalen Staatsanwaltschaften und

im Busseninkasso eine Unterstützung für den Abbau der Bugwelle im Zusammenhang mit der SAP-Einführung. In der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit nimmt der Bestand infolge weniger Doppelbesetzungen aufgrund von Mutterschaft und Langzeitkrankheit um 6.1 VZE ab.

3) Entwicklung 2021 zu 2022 (+22.6 Vollzeiteinheiten)

Der Personalbestand des Kantonspersonals betrug per Ende 2022 **10'331.4 Vollzeiteinheiten (VZE)** und hat gegenüber dem Vorjahr um 22.6 VZE zugenommen.

In der **Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU)** ist die Abnahme um 68.1 VZE in erster Linie auf den Rückgang im Amt für Arbeitslosenversicherung (-69.5 VZE) zurückzuführen. Der Personalabbau erfolgt aufgrund der gesunkenen Arbeitslosigkeit und des Wegfalls der durch die Pandemie ausgelösten Mehrarbeit (Voranmeldungen/Abrechnungen Kurzarbeit). Per 1. Januar 2022 erfolgte zudem die Zentralisierung von HR und Finanzen im Generalsekretariat (+18.6 VZE). Die damit zusammenhängenden Stellentransfers führten im Amt für Landwirtschaft und Natur (-10.3 VZE) sowie im Amt für Wald und Naturgefahren (-5.8 VZE) jeweils zu Abnahmen im Stellenbestand.

In der **Direktion für Inneres und Justiz (+7.7 VZE)** ist die Veränderung des Personalbestandes unter anderem folgenden Gründen geschuldet: Die Zunahme im Amt für Dienstleistungen und Ressourcen (+7.3 VZE) erfolgt infolge Zentralisierung des Personalmanagements sowie aufgrund der Schaffung von befristeten Stellen zur Bewältigung verschiedener Grossprojekte (u. a. Einführung SAP). Im Kantonalen Jugendamt hat sich der Bestand mit dem in Kraft treten des neuen KFSG und der damit verbundenen Verschiebung von Aufgaben von der GSI zur DIJ um 5.6 VZE erhöht. Ausserdem verzeichnen die Grundbuchämter (+4.4 VZE) sowie das Amt für Sozialversicherungen (+2.8 VZE) wegen zusätzlich benötigter personeller Ressourcen sowie neuen gesetzlichen Aufgaben (ASV) Bestandszunahmen. Eine Bestandsabnahme verzeichnen die Betriebs- und Konkursämter (-6.1 VZE), welche auf die erwähnte Zentralisierung des HR sowie bestehende Vakanzen zurückzuführen ist. Zusätzlich zu bestehenden Vakanzen führen in den Regierungsstatthalterämtern insbesondere Effizienzgewinne aus umgesetzten Digitalisierungsvorhaben zu einer Abnahme um 3.1 VZE. In den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden führt die Reduktion von Doppelbesetzungen zu einem Rückgang um 3.8 VZE.

Die **Sicherheitsdirektion** verzeichnet eine Zunahme um 26.9 VZE. Bei der Kantonspolizei (+16.5 VZE) führt die Korpsbestandsaufstockung (Motion Wüthrich) sowie das Pilotprojekt der Stationierung von zwei Lehrgängen im Botschaftsschutz zur Bestandszunahme. Im Amt für Justizvollzug hat sich der Stellenbestand aufgrund einer Aufstockung von befristeten und unbefristeten Stellen aus der Direktionsreserve um 6.6 VZE erhöht. Die Zunahme im Amt für Bevölkerungsdienste (+9.4 VZE) ist unter anderem durch die Angliederung der Geschäftsstelle Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden (VKM) begründet. Im Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt führten per Stichtag bestehende Vakanzen zu einem Rückgang um 6.2 VZE.

Die Veränderung in der **Finanzdirektion** (+4.7 VZE) ergibt sich hauptsächlich durch den Aufbau des CCoE SAP in der Finanzverwaltung (+6.7 VZE) sowie die Abnahme infolge zum Stichtag bestehender Vakanzen in der Steuerverwaltung (-2.3 VZE).

In der **Bildungs- und Kulturdirektion** erfolgt eine Zunahme um 48.2 VZE. Im Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung ist die Zunahme um 32.4 VZE auf 11.4 zusätzlich geschaffene befristete Stellen in den Bereichen Erziehungsberatung und Schulinspektorate (Projekt REVOS) sowie den Sonderschulen (Transfer Sonderschulheime von der GSI, 14 VZE) zurückzuführen. Zudem führen diverse befristete Stellen und Doppelbesetzungen infolge Krankheit, Unfall oder Mutterschaft zur Zunahme. Die Bestandszunahmen in den Maturitätsschulen (+4.2 VZE) sowie den Berufsbildungszentren (+5.6 VZE) erfolgen ebenfalls aufgrund von Doppelbesetzungen sowie der Schaffung von zusätzlich bewilligten unbefristeten Stellen und der durch das Bundesprogramm «viamia» finanzierten Stellen. Im Amt für zentrale Dienste (+5.1 VZE) führten zusätzliche Stellen zur Bewältigung des erhöhten Arbeitsvolumens bei der Gehaltsverarbeitung der Lehrpersonen sowie gegenfinanzierte Stellen im Bereich EDUBERN zur Bestandszunahme. Im Generalsekretariat

ist die Zunahme um 2.1 VZE hauptsächlich auf zusätzliche befristete Stellen im Zusammenhang mit der Einführung von SAP zurückzuführen.

In der **Bau- und Verkehrsdirektion** (+16.1 VZE) ist die Bestandszunahme mehrheitlich auf die zusätzlich bewilligten Stellen im Amt für Grundstücke und Gebäude (+15.7 VZE) zurückzuführen. Eine nennenswerte Veränderung verzeichnet zudem das Amt für öffentlichen Verkehr und Verkehrskoordination, wo befristete Mutterschaftsvertretungen zu einer Zunahme um 2.1 VZE führten.

Bei den **Justizbehörden und Staatsanwaltschaft** (-5.2 VZE) führen insbesondere zum Stichtag bestehende Vakanzen bei der Staatsanwaltschaft (-4.2 VZE) zur Bestandsabnahme.

4) Entwicklung 2020 zu 2021 (+66.9 Vollzeiteneinheiten)

Der Personalbestand des Kantonspersonals betrug per Ende 2021 **10'308.8 Vollzeiteneinheiten (VZE)** und hat gegenüber dem Vorjahr um 66.9 VZE zugenommen.

Die **Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU)** verzeichnet eine Bestandszunahme um 33.8 VZE. Im Generalsekretariat nahm der Personalbestand aufgrund der Zentralisierung von HR und Finanzen um 5.5 VZE zu. Da im Amt für Wald und Naturgefahren am 31.12.2021 sehr viele Stellen vakant waren, ergibt sich eine Bestandsreduktion von 3.2 VZE an diesem Stichtag. Im Amt für Landwirtschaft und Natur ist die Zunahme von 11.1 VZE grösstenteils durch höhere Schülerzahlen und die Anstellung von zusätzlichen Lehrkräften begründet. Zur Bearbeitung der deutlichen Zunahme an Fördergesuchen (z.B. für Photovoltaik-Anlagen, neue Heizungen, Gebäudehüllensanierungen, Minergie oder Plusenergie) nimmt der Bestand im Amt für Umwelt und Energie zudem um 4.1 VZE zu. Schliesslich ergibt sich auch im Amt für Arbeitslosenversicherung eine Zunahme um 15.0 VZE (Stellen sind vollumfänglich durch den Bund finanziert). Aufgrund der durch die Corona-Pandemie zwischenzeitlich höheren Arbeitslosigkeit wurden mehr Personalberatende angestellt. Zudem wurden zusätzliche Stellen benötigt, um die durch die Pandemie ausgelöste Mehrarbeit (Voranmeldungen/Abrechnungen Kurzarbeit) zu bewältigen.

In der **Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI)** nahm der Personalbestand um 5.6 VZE zu. Die Veränderungen sind mehrheitlich diversen Kleinstveränderungen geschuldet. Per 1. August 2021 führte eine Reorganisation der GSI zu einer Reduktion der Anzahl Ämter. Als Folge davon wurden diverse Abteilungen und Bereiche in die neuen Ämter verschoben, weshalb Veränderungen auf Stufe Amt in der neuen Direktionsstruktur nicht vollumfänglich vergleichbar sind.

Beim Personalbestand der **Direktion für Inneres und Justiz (DIJ)** ergibt sich eine Zunahme um insgesamt 11.0 VZE. Zur Abfederung der hohen Arbeitslast erhöhte sich der Bestand im Amt für Gemeinden und Raumordnung um 3.8 VZE sowie bei den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden um 4.7 VZE (jeweils befristete Anstellungen). Im Amt für Dienstleistungen und Ressourcen führten eine Stellenverschiebung zu den Grundbuchämtern und zum Stichtag bestehende Vakanzen zu einem Rückgang von 2.2 VZE.

In der **Sicherheitsdirektion (SID)** reduzierte sich der Personalbestand um 17.5 VZE. Dies ist hauptsächlich auf den um 24.1 VZE tieferen Personalbestand der Kantonspolizei zurückzuführen. Die um ein halbes Jahr verlängerte Polizei-Ausbildung führte dazu, dass im Oktober 2021 keine neu ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten ins Korps aufgenommen wurden. Hauptgrund für die Veränderungen beim Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt (+3.1 VZE) und beim Amt für Justizvollzug (+3.7 VZE) sind zum Stichtag bestehende Bestandsschwankungen.

Die **Finanzdirektion (FIN)** verzeichnet eine geringe Zunahme um 0.5 VZE. Einerseits ergibt sich in der Finanzverwaltung hauptsächlich aufgrund des im Zusammenhang mit der Einführung von ERP SAP neu aufgebauten Customer Center of Expertise (CCoE) eine Zunahme um 3.4 VZE. Im Amt für Informatik und Organisation führen Stellenverschiebungen anlässlich des Projektes IT@BE sowie die im Vergleich zum Vorjahr geringere Anzahl an vakanten Stellen zu einer Zunahme um 7.3 VZE. Im Gegenzug verringerte sich - mehrheitlich infolge Umsetzung der Planungserklärung Brönnimann - der Personalbestand in der Steuerverwaltung um 11.6 VZE.

Der Personalbestand der **Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)** verringerte sich um 7.9 VZE. Im Mittelschul- und Berufsbildungsamt führten bei den Maturitätsschulen vor allem unbesetzte Stellen an den Gymnasien Hofwil und Burgdorf zu einem Rückgang um 2.1 VZE. Zudem nahm der Personalbestand in der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung aufgrund von bestehenden Vakanzen und weggefallenen Doppelbesetzungen um 4.1 VZE ab. Das Amt für Zentrale Dienste verzeichnet insbesondere wegen zusätzlicher befristeter Anstellungen im Rahmen des ERP-Projektes eine Bestandszunahme um 3.9 VZE.

Die Bestandszunahme von 6.0 VZE in der **Bau- und Verkehrsdirektion (BVD)** ist mehrheitlich auf das Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) zurückzuführen. Im AGG führten zusätzliche bewilligte Stellen zu einer Zunahme im Umfang von 7.3 VZE. Im Tiefbauamt ergibt sich aufgrund nicht besetzter Stellen im MINT-Bereich zudem ein Rückgang um 4.3 VZE.

Der Personalbestand der **Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft** hat um 28.9 VZE zugenommen. Die Veränderung ist vor allem auf die Bestandszunahmen in der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit (+19.5 VZE) sowie der Staatsanwaltschaft (+12.1 VZE) zurückzuführen. Hauptgründe für die Zunahmen sind Doppelbesetzungen infolge Krankheits- und Mutterschaftsabsenzen, ein zunehmendes Geschäftsvolumen sowie befristete Anstellungen zur Entlastung von Mitarbeitenden im Projekt NeVo/Rialto.

5) Entwicklung 2019 zu 2020 (-172.8 Vollzeiteinheiten)

Der Personalbestand des Kantonspersonals hat gegenüber dem Vorjahr abgenommen und betrug per Ende 2020 **10'241.9 Vollzeiteinheiten (VZE)**. Der Rückgang von 172.8 VZE ist hauptsächlich auf den Wegfall der Pfarranstellungen zurückzuführen (vgl. Begründung bei der Direktion für Inneres und Justiz). Weiter beeinflussten die Stellentransfers der per 1. Januar 2020 umgesetzten Direktionsreform (UDR) die Personalbestände in den Direktionen (aus gesamtstaatlicher Sicht jedoch saldoneutrale Stellenverschiebungen).

Die **Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU)** verzeichnet eine Bestandszunahme von 194.8 VZE. Infolge UDR wurden das Amt für Umwelt und Energie von der BVD (39.0 VZE) sowie das Kantonale Laboratorium von der GSI (64.6 VZE) neu in die WEU integriert. Eine weitere Zunahme ergibt sich auch im Amt für Arbeitslosenversicherung (112.7 VZE; Stellen sind vollumfänglich durch Bund finanziert): Ausgelöst durch die Coronakrise ergab sich ein höherer Personalbedarf in den Bereichen Kurzarbeit, Arbeitslosenentschädigung und Arbeitsvermittlung. Weiter hat der Bestand im Generalsekretariat um 7.0 VZE zugenommen (Stellentransfer vom Amt für Wirtschaft sowie befristete Anstellungen in Zusammenhang mit Härtefall-Hotline, Projekt newweb und Zentralisierungsprojekten). Im Amt für Wirtschaft führten unter anderem der Transfer des Bereichs Immissionsschutz ins Amt für Umwelt und Energie (aus Sicht WEU saldoneutrale Verschiebung von 21.7 VZE) sowie die Umsetzung der Planungserklärung Brönnimann zu einem Rückgang von 27.8 VZE.

Bei der **Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI)** ist der Rückgang (-44.7 VZE) hauptsächlich auf die infolge UDR erfolgte Verschiebung des Kantonalen Laboratoriums zur WEU zurückzuführen (-65.9 VZE). Die Zentralverwaltung verzeichnete hauptsächlich aufgrund von aus der Sicherheitsdirektion transferierten Stellen (Projekt NA-BE; Verschiebung von insgesamt 11.3 VZE) einen Zuwachs von 13.1 VZE. Im Zentrum für Sozial- und Heilpädagogik Landorf Köniz – Schlössli Kehrsatz ist die Zunahme befristeten Anstellungen zur Kompensation von Ausfällen geschuldet (4.4 VZE). Weiter verzeichnet das Pädagogische Zentrum für Hören und Sprache in Münchenbuchsee eine Zunahme von 2.5 VZE.

In der **Direktion für Inneres und Justiz (DIJ)** ist der Rückgang von 357.6 VZE vor allem auf die per 1. Januar 2020 erfolgte Rückgabe der Pfarranstellungen in den Zuständigkeitsbereich der Kirchgemeinden zurückzuführen (-405.5 VZE). Weiter wurde infolge UDR das Amt für Geoinformation (31.5 VZE) von der BVD in die DIJ integriert.

Die **Sicherheitsdirektion (SID)** verzeichnet eine Zunahme von 48.1 VZE, welche grösstenteils auf die Kantonspolizei zurückzuführen ist (45.0 VZE). Dort führten mehr Rekrutierungen zur Deckung

des bestehenden Unterbestandes zu einer Bestandszunahme. Das Amt für Justizvollzug verzeichnet ebenfalls eine Bestandszunahme (6.2 VZE), welche auf die Besetzung von budgetierten Vakanzen zurückzuführen ist. Beim Amt für Bevölkerungsdienste führten die Stellenverschiebungen zur Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (Projekt NA-BE) zu einem Rückgang von 4.1 VZE (besetzte transferierte Stellen ohne Vakanzen).

Bei der **Finanzdirektion (FIN)** verringerte sich der Personalbestand um 4.7 VZE. Die Steuerverwaltung (+3.6 VZE), die Finanzverwaltung (-2.6 VZE) sowie das Amt für Informatik und Organisation (-5.4 VZE) verzeichnen erwähnenswerte Zu- bzw. Abnahmen, die jeweils ausschliesslich auf Veränderungen im Bereich der Vakanzen zurückzuführen sind.

In der **Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)** ist eine Bestandszunahme um 11.4 VZE festzustellen. Im Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung ist die Zunahme von 6.9 VZE auf befristete Stellen zurückzuführen (u.a. 2.5 VZE Projekt REVOS, 1.0 VZE Aufsicht Homeschooling/Privatunterricht und 2.0 VZE fremdfinanzierte Gutachten bei der Erziehungsberatung). Im Mittelschul- und Berufsbildungsamt führten bei den Maturitätsschulen Stellvertretungen beim Verwaltungs- und Reinigungspersonal infolge Mutterschaft/Krankheit zu einer Zunahme von 6.2 VZE. Zudem führte bei den Berufsschulen die Korrektur von in den letztjährigen Bestandszahlen versehentlich eingeflossenen Pool- und Drittmittelstellen zu einer Bestandsabnahme (-9.2 VZE). Das Amt für Kultur verzeichnet aufgrund von befristeten Stellen für den Umzug des Kunstarchivs sowie der Bearbeitung von COVID-19-Gesuchen eine Zunahme von 4.8 VZE.

Zum Rückgang des Bestands in der **Bau- und Verkehrsdirektion (BVD)** von 38.3 VZE führten infolge UDR insbesondere die Verschiebungen des Amtes für Umwelt und Energie zur WEU (-15.9 VZE) sowie des Amtes für Geoinformation zur DIJ (-28.2 VZE). Zudem verzeichnet das Amt für Wasser und Abfall aufgrund von Abbaumassnahmen im Rahmen des Entlastungspakets 18, der Planungserklärung Brönnimann sowie wegen Vakanzen eine Bestandsabnahme (-4.4 VZE). Hingegen erhöhte sich der Bestand beim Tiefbauamt (6.8 VZE v.a. infolge zusätzlicher drittfinanzierter Stellen im Bereich Nationalstrassen Betrieb) und beim Amt für Grundstücke und Gebäude (3.8 VZE; Besetzung von Vakanzen und Schaffung befristeter Stellen aufgrund fehlender Ressourcen).

Die **Gerichtsbehörden und die Staatsanwaltschaft** verzeichnen eine Personalbestandszunahme von 13.3 VZE. Die Veränderung ist mehrheitlich auf die Staatsanwaltschaft zurückzuführen (9.5 VZE). Hauptgründe für die Zunahme sind Doppelbesetzungen infolge Krankheits- und Mutterschaftsabsenzen sowie zusätzliche befristete Stellen für Mitarbeitende im Projekt NeVo/Rialto.

6) Entwicklung 2018 zu 2019 (+0.6 Vollzeiteinheiten)

Aus gesamtstaatlicher Sicht ist der Personalbestand beim Kantonspersonal gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert. Er belief sich per Ende 2019 auf 10'414.7 Vollzeiteinheiten (VZE). Unter Berücksichtigung einer Korrektur bei der Erziehungsdirektion (vgl. Kommentar unten) resultiert ein geringfügiger Rückgang.

In der **Volkswirtschaftsdirektion** (-1.6 VZE bzw. +0.8 VZE inklusive AVA) gab es innerhalb der Ämter nur geringe Veränderungen. Die leichte Zunahme im Personalbestand ist hauptsächlich auf die Umsetzung der Bundesgesetzgebung zur Stellenmeldepflicht zurückzuführen, welche im Amt für Arbeitslosenversicherung zu einem zusätzlichen Ressourcenbedarf von 2.4 VZE führte (Stellen sind durch Bund finanziert).

Bei der **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** (+2.7 VZE) ist die Entwicklung neben diversen geringen Veränderungen in den Ämtern den zur Kompensation von Ausfällen befristeten Beschäftigungsgraderhöhungen im Schulheim Schloss Erlach geschuldet (+2.3 VZE).

Die **Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion** verzeichnet einen Rückgang des Personalbestands um insgesamt 11.9 VZE. Bei den Landeskirchen führte hauptsächlich der Pfarrstellenabbau zum Rückgang von 6.2 VZE. Aufgrund von Vakanzen verringerte sich zudem der Personalbestand

beim Amt für Sozialversicherungen (-2.4 VZE) und beim Kantonalen Jugendamt (-4.4 VZE). Zusätzliche Ressourcen (u. a. zur Bewältigung diverser Projekte und Gesetzesrevisionen) benötigten hingegen die Regierungsstatthalterämter (+2.1 VZE) sowie das Amt für Gemeinden und Raumordnung (+2.3 VZE). Die verbleibende Differenz setzt sich aus diversen geringen Veränderungen bei verschiedenen Ämtern zum Erhebungszeitpunkt zusammen.

Die Bestandsabnahme bei der **Polizei- und Militärdirektion** (-65.4 VZE) ist hauptsächlich bei der Kantonspolizei (-62.3 VZE) zu verorten. Dort führte die Ausklammerung des Lehrverbandes aus dem Sollbestand (Anstellungen mit Fokus auf Ausbildung), ein Unterbestand im Korps (Effekt grösserer Polizeischul-Lehrgänge tritt erst in rund 2 Jahren ein) sowie eine überdurchschnittliche Fluktuation bei den Sicherheitsassistenten (Botschaftsschutz, Verkehrsdienst) zum Rückgang. Die Entwicklungen beim Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt (-5.1 VZE), beim Amt für Justizvollzug (+6.6 VZE), beim Amt für Migration und Personen (-7.9 VZE) sowie beim Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär (+2.1 VZE) sind allesamt den Veränderungen im Bereich der Vakanzen zum Erhebungszeitpunkt geschuldet.

Die **Finanzdirektion** verzeichnet eine Zunahme des Personalbestands von 38.9 VZE. Bei der Steuerverwaltung (+25.4 VZE) ergibt sich der Mehrbedarf aufgrund der Übernahme von Stellen aus den Gemeinden im Bereich der Quellensteuer (+14.0 VZE, Massnahme aus Entlastungspaket 2018) sowie infolge weniger vakanter Stellen (+11.4 VZE). Beim Amt für Informatik und Organisation (+12.2 VZE) führten der Stellentransfer im Rahmen des Projektes IT@BE (+10.9 VZE) sowie ebenfalls ein Rückgang der zum Erhebungszeitpunkt vakanten Stellen zu einem Anstieg.

Bei der **Erziehungsdirektion** wird eine Erhöhung des Personalbestandes von 23.7 VZE ausgewiesen. Bei 8.7 VZE handelt es sich allerdings um sog. Pool- und Drittmittelstellen des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes, die im Personalinformationssystem falsch erfasst wurden und versehentlich in die Bestandeszahlen eingeflossen sind. Die bereinigte Zunahme beträgt 15.0 VZE. Bei den Maturitätsschulen (+2.3 VZE) führten Krankheitsstellvertretungen sowie beim Amt für Zentrale Dienste (+7.5 VZE) befristete Anstellungen (insbes. zur Unterstützung im Projekt ERP) zu Bestandszunahmen. Einen Rückgang infolge geplanter Entlastungsmassnahmen verzeichnete das Amt für Kultur (-2.1 VZE).

Bei der **Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion** (+2.8 VZE) verzeichnete das Amt für Geoinformation aufgrund von zum Erhebungszeitpunkt bestehenden Vakanzen eine nennenswerte Veränderung (-2.9 VZE). Die auf Stufe Direktion feststellbare Zunahme ist auf vereinzelte Veränderungen bei den Beschäftigungsgraden sowie die Besetzung von Vakanzen in den restlichen Ämtern zurückzuführen.

Der Personalbestand bei den **Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft** nahm um 6.8 VZE zu. Bei der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit betrug die Zunahme 6.0 VZE aufgrund der infolge Langzeitabwesenheiten notwendigen Doppelbesetzungen. Die Abweichungen bei der Staatsanwaltschaft (-2.6 VZE) sowie der Justizleitung (+3.6 VZE) sind Ausdruck von Veränderungen der Vakanzen gegenüber dem letztjährigen Stichtag.

7) Entwicklung 2017 zu 2018 (-103.7 Vollzeitstellen)

In der **Volkswirtschaftsdirektion** (+2.8 VZE bzw. -32.5 VZE inklusive RAV und ALK) sind die Veränderungen auf Schwankungen bei der Besetzung von befristeten und vorübergehend vakanten Stellen zurückzuführen.

In den durch Drittmittel finanzierten regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) sowie bei der Arbeitslosenkasse (ALK) ist der Bestand um 35.3 Vollzeiteinheiten gesunken. Die Anzahl an Mitarbeitenden richtet sich nach der Anzahl stellenloser bzw. stellensuchender Personen, die im Jahr 2018 zurückgegangen ist.

Die **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** (-2.8 VZE) verzeichnete anlässlich des Stellenabbaus im Zusammenhang mit dem Entlastungspaket 2018 (EP 18) in der Zentralverwaltung einen Rückgang um insgesamt 4.4 Vollzeitstellen. Zur Kompensation von Ausfällen zusätzlich benötigte befristete Anstellungen führten im Schulheim Landorf Köniz - Schlössli Kehrsatz zu einer Zunahme von 3.7 Vollzeiteinheiten.

Bei der **Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion** nahm der Stellenbestand innerhalb des bewilligten Soll-Bestandes um 5.5 Vollzeiteinheiten zu. Dies aufgrund der Besetzung von Vakanzen bei den Betreibungs- und Konkursämtern (+6.8 VZE) sowie beim Amt für Sozialversicherungen (+2.5 VZE). Bestandsabnahmen verzeichneten hingegen unter anderem die Landeskirchen (-2.6 VZE aufgrund bestehender Vakanzen), das Kantonale Jugendamt (-2.1 VZE infolge Umsetzung EP 18 und bestehender Vakanzen) und das Handelsregisteramt (-2.4 VZE infolge EP 18 sowie dem Abschluss eines Scanning-Projekts).

Zur Bestandsabnahme bei der **Polizei- und Militärdirektion** (-18.1 VZE) führt der Rückgang beim Lehrverband als Folge der nach wie vor geringeren Lehrgangsgrossen der Polizeischulen sowie die Reduktion des infolge unterdurchschnittlicher Fluktuation entstandenen internen Überbestandes im Verkehrsdienst der Kantonspolizei (-22.3 VZE). Die Veränderungen beim Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt (-2.9 VZE), dem Amt für Justizvollzug (+3.8 VZE) und dem Amt für Migration und Personen (+3.8 VZE) sind auf bestehende Vakanzen bzw. die Wiederbesetzung von vakanten Stellen zurückzuführen.

Die **Finanzdirektion** (-0.3 VZE) verzeichnete keine markante Veränderung im Personalbestand. Die erwähnenswerten Abweichungen in der Steuerverwaltung (-3.2 VZE) sowie dem Amt für Informatik und Organisation (+2.4 VE) sind Ausdruck von Veränderungen bei den vakanten Stellen gegenüber dem letztjährigen Stichtag.

In der **Erziehungsdirektion** resultiert ein Rückgang von 48.2 Vollzeitstellen. Die Abnahme ist grösstenteils auf die Auslagerung der sogenannten Pool- und Drittmittelstellen aus dem Stellenplan der Berufsschulen zurückzuführen (-41.1 VZE). Für diese Personalkategorie wurde im Rahmen der Änderung der Verordnung über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerV) per 1. August 2017 eine an die Bedürfnisse der Schulen angepasste Lösung für die Bewirtschaftung dieser Stellen geschaffen. Aufgrund dieser Bestimmung werden Anstellungen nach Personalgesetz, die aus Poolressourcen oder aus Einnahmen aus der höheren Berufsbildung (Drittmittel) finanziert sind, nicht mehr im Stellenbestand des Kantonspersonals geführt. Weiter verzeichnen das Generalsekretariat (-5.7 VZE infolge Abbaumassnahmen aus EP 18 sowie dem Ablauf von befristeten Anstellungen) und die Maturitätsschulen (-5.0 VZE aufgrund von zum Stichtag bestehenden Vakanzen) Rückgänge. Demgegenüber weist das Amt für zentrale Dienste wegen mehrheitlich zur Projektunterstützung befristet und unbefristet angestelltem Personal eine Zunahme aus (+5.8 VZE).

In der **Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion** (+3.1 VZE) ist die Abweichung beim Tiefbauamt Ausdruck von Veränderungen bei schwierig zu besetzenden Stellen gegenüber dem letztjährigen Stichtag (+7.1 VZE). Beim Amt für Wasser und Abfall wurden infolge Umsetzung EP 18 5.0 Vollzeitstellen abgebaut.

Ohne nennenswerte Abweichungen innerhalb der einzelnen Organisationseinheiten, hat sich der Personalbestand bei den **Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft** (-0.1 VZE) nur unwesentlich verändert.

8) Entwicklung 2016 zu 2017 (-1'676.7 Vollzeitstellen)

In der **Volkswirtschaftsdirektion** (+9.6 VZE bzw. +4.2 VZE inklusive RAV und ALK) sind die Veränderungen auf Schwankungen bei der Besetzung von befristeten und vorübergehend vakanten Stellen zurückzuführen.

In den durch Drittmittel finanzierten regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) sowie bei der Arbeitslosenkasse (ALK) ist der Bestand um 5.4 VZE gesunken (die Anzahl Mitarbeitende richtet sich nach der Anzahl stellenloser Personen).

Bei der **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** (-1'680.1 VZE) ist die Abnahme des Stellenbestands auf die per 1. Januar 2017 vollzogene Verselbstständigung der drei kantonalen psychiatrischen Betriebe, die Universitären Psychiatrischen Dienste Bern (UPD), das Psychiatriezentrum Münsingen (PZM) und die Psychiatrischen Dienste Biel-Seeland - Berner Jura (PDBBJ) zurückzuführen.

Die **Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion** verzeichnet eine Abnahme von insgesamt 27.5 VZE. Davon sind 4.7 VZE Pfarranstellungen dem Stellenabbau gemäss Grossratsbeschluss und den per Stichtag bestehenden Vakanzan zuzuordnen. Bei den Betriebs- und Konkursämtern (-13.0 VZE) sowie dem Amt für Sozialversicherungen (-3.3 VZE) sind die Abnahmen auf nicht besetzte Vakanzan zurückzuführen. Weiter reagierten die Grundbuchämter (-3.4 VZE), das Kantonale Jugendamt (-3.3 VZE) sowie die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (-5.0 VZE) auf den reduzierten Sollbestand, welcher die Einführung der neuen Stellenbewirtschaftung für diese Ämter zur Folge hatte.

In der **Polizei- und Militärdirektion** (+18.9 VZE) führte unter anderem die Schaffung von zwei befristeten Anstellungen infolge zunehmender Arbeitslast im Rechtsdienst des Generalsekretariates zu einer Zunahme. Der Zuwachs bei der Kantonspolizei (+7.6 VZE) ist hauptsächlich auf eine unterdurchschnittliche Fluktuation zurückzuführen. Im Amt für Justizvollzug (+5.2 VZE) konnten zudem vakante Stellen wiederbesetzt werden.

Die Zunahme von 13.5 VZE bei der **Finanzdirektion** ist zur Hauptsache in der Besetzung von bewusst vakant gehaltenen Stellen im Rahmen des Programms „IT@BE“ im Amt für Informatik und Organisation (+18.9 VZE) begründet. Bei der Steuerverwaltung hingegen ist die Abnahme von 6.9 VZE auf kurzfristige Vakanzan gegenüber dem letztjährigen Stichtag zurückzuführen.

Die **Erziehungsdirektion** verzeichnete eine Zunahme von 8.3 VZE. Durch den Wegfall von Krankheitsstellvertretungen und infolge Vakanzan ergibt sich bei den Maturitätsschulen ein Rückgang von 3.8 VZE. Die Zentralisierung des HR der Erziehungsdirektion führte im Generalsekretariat zu einer Zunahme von 3.3 VZE. Zudem sind rund 7.2 VZE auf befristet geschaffene Stellen zurückzuführen.

In der **Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion** (-13.3 VZE) ist beim Tiefbauamt eine Abnahme von 7.9 VZE feststellbar. Die Abnahme ist auf schwierig zu besetzende Vakanzan im Ingenieursbereich zurückzuführen. Weiter fallen aufgrund einer Reorganisation im Amt für Grundstücke und Gebäude Vakanzan im Umfang von 3.5 VZE an.

Bei den **Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft** ergibt sich eine Abnahme von insgesamt 5.5 VZE. Bei den Zivil- und Strafgerichten ist die Abnahme von 8.8 VZE auf die Reduktion von Doppelbesetzungen sowie zum letztjährigen Stichtag bestehenden Vakanzan zurückzuführen. Die Zunahme bei der Staatsanwaltschaft von 4.0 VZE entstand durch Doppelbesetzungen infolge Langzeitabwesenheiten sowie einem Zusatzbedarf an Personal aufgrund eines IT-Projektes und Grossuntersuchungen.

9) Entwicklung 2015 zu 2016 (+65.9 Vollzeitstellen)

In der **Volkswirtschaftsdirektion** (+12.7 VZE bzw. +36.4 VZE inklusive RAV und ALK) haben mehrere organisatorische Verschiebungen, u. a. von drittmittelfinanzierten Stellen in der Chronometerkontrolle (+5.0 VZE, ist konjunkturellen Schwankungen unterworfen) und die Integration von ICT-Stellen in die zentralen Dienste sowie schwankende Beschäftigungsgrade einen höheren Personalbestand zur Folge.

In den durch Drittmittel finanzierten regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) sowie bei der Arbeitslosenkasse (ALK) ist der Bestand um 23.7 Vollzeiteneinheiten gestiegen (die Anzahl Mitarbeitende richtet sich nach der Anzahl stellenloser Personen).

Bei der **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** (-38.7 VZE) ist die Abnahme des Stellenbestands hauptsächlich auf die Massnahmen zur Ergebnisverbesserung bei den Universitären Psychiatrischen Diensten und den Psychiatrischen Diensten Biel-Seeland / Berner Jura zurückzuführen (Projekt Fit-for-Future). Diese Massnahmen sind im Hinblick auf die Verselbstständigung per 1. Januar 2017 ergriffen worden und wirken sich mit einer Abnahme um 40.0 VZE auf den Stellenbestand aus. Zu einer weiteren Abnahme im Umfang von 4.9 VZE führten verschiedene vakante Stellen in der Zentralverwaltung. Demgegenüber musste das Zentrum für Sozial- und Heilpädagogik Landorf Köniz - Schlössli Kehrsatz zur Überbrückung von Ressourcenengpässen befristete Stellen schaffen (+3.5 VZE).

Die **Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion** verzeichnet eine Abnahme von 18.9 VZE. 35.0 VZE Pfarranstellungen, die nicht durch den Kanton sondern durch die betreffenden Kirchgemeinden direkt finanziert werden, wurden im Rahmen von Bereinigungsarbeiten aus dem Stellenplan entfernt. Demgegenüber führte die Umsetzung der Gesetzesänderung betreffend Handänderungssteuern bei den Grundbuchämtern zu einer Zunahme um 3.7 VZE. Weiter wirkten sich die Überbrückung von Langzeitabsenzen sowie die üblichen Schwankungen im Stellenbestand mit einer Zunahme um insgesamt rund 10.0 VZE auf den Stellenbestand aus.

Bei der **Polizei- und Militärdirektion** (+42.7 VZE) führte die Rekrutierung von grösseren Lehrgängen für die Polizeischule (+49.0 VZE) als Massnahme gegen die Unterdeckung im Polizeikorps und die Aufstockung des Botschaftsschutzes (+11.7 VZE) zu einer Zunahme um insgesamt 60.7 VZE. Weiter verzeichnet die Kantonspolizei eine leichte Zunahme um 7.1 VZE bei den zivilen Stellen. Im Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt hat der Stellenbestand um 7.4 VZE zugenommen. Dies im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Telefonie im Rahmen der Umsetzung des Projekts Contact Center. Demgegenüber führte die Schliessung des Jugendheim Prêles im Amt für Justizvollzug zu einem Rückgang um insgesamt 44.2 VZE.

Bei der **Finanzdirektion** kann eine geringe Zunahme um 2.4 VZE festgestellt werden, welche auf übliche Schwankungen zum Erhebungszeitpunkt zurückzuführen ist.

Über die ganze **Erziehungsdirektion** gesehen kann eine geringe Zunahme um 1.6 VZE festgestellt werden. Beim Mensapersonal an den Berufsschulen führten Stellenaufhebungen zu einer Reduktion des Stellenbestands um 13.5 VZE. Demgegenüber verzeichnet die Berufsberatung im Bereich Case Management aufgrund einer Reorganisation eine Zunahme um 2.3 VZE. Zusätzlich hatten die Überbrückung von Ressourcenengpässen und Langzeitabsenzen in verschiedenen Organisationseinheiten zu einer Zunahme um rund 10.0 VZE geführt.

In der **Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion** (+9.0 VZE) konnten bereits seit längerer Zeit bewilligte vakante Stellen im Tiefbauamt und im Amt für Grundstück und Gebäude im Umfang von insgesamt 7.2 VZE wieder besetzt werden.

Bei den **Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft** ergibt sich eine Zunahme von insgesamt 31.3 VZE. Diese Zunahme ist im Wesentlichen (+19.0 VZE) auf die Schaffung von zusätzlichen befristeten Stellen zur Überbrückung von Langzeitabwesenheiten infolge Mutterschaft, Krankheiten und längerer Urlaube zum Abbau der Zeitguthaben zurückzuführen. Bei der Staatsanwaltschaft resultiert eine Zunahme von 15.3 VZE infolge der Besetzung von zusätzlich bewilligten Stellen.